



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/06/2017
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 08.11.2017
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus überregionalen Gremien
4. Bericht aus dem Seniorenbeirat
5. Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen
6. Bericht aus dem Integrationsrat
7. Sachstandsbericht zur Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes
Vorlage: 0967/2017
8. Sozialraumanalyse des Stadtteils Altenhagen
Vorstellung durch Studierende der Fachhochschule Dortmund
9. Rehabilitanden und Menschen mit Behinderung
Bericht des Jobcenters Hagen
10. Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes
Bericht der Verwaltung
11. Anfrage der Fraktionen von SPD und Die Linke
Richtlinie zur Heizkostenabrechnung
Vorlage: 0975/2017



12. Anfrage der Fraktion BfH/ Piraten Hagen
Sperrungen in Haushalten
Vorlage: 0981/2017
13. Bebauungsplan Nr. 8/14 (662) Erweiterung Fachklinik Deerth
hier: a) Beschluss zur Erweiterung des Plangebietes
b) Offenlegungsbeschluss
Vorlage: 0694/2017
14. Teiländerung Nr. 100 - Im Deerth - zum Flächennutzungsplan der Stadt Hagen
hier: Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB (Entwurfs-
und Offenlegungsbeschluss)
Vorlage: 0683/2017
15. Fortschreibung Integriertes Handlungskonzept als Integriertes Stadtteilentwick-
lungskonzept (INSEK) 2017 für die "Soziale Stadt" Hagen- Wehringhausen
Vorlage: 0932/2017
16. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Timm-Bergs begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Sozialausschusses und nimmt vor Eintritt in die Tagesordnung die Verpflichtung von Frau Elke Freund vor, die neues stellvertretendes Mitglied für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Sozialausschuss ist.

Sie berichtet, dass seitens der CDU-Fraktion die Bitte an Sie gerichtet worden sei, die Tagesordnungspunkte 13 und 14 vorzuziehen und nach dem TOP 9 zu beraten. Auch TOP 15 solle dann vorgezogen werden.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Änderung einverstanden.

2. Mitteilungen

Frau Kaufmann teilt mit, dass sie Herrn Goldbach entschuldige. Er befinde sich im Urlaub.

Herr Gierke berichtet über die Zugänge der Flüchtlinge.

Seit Juni / Juli diesen Jahres bekäme Hagen wieder regelmäßig Zuweisungen von Flüchtlingen. Seit Anfang September kämen jede Woche ca. 30 Flüchtlinge. Insgesamt seien bis Ende des Jahres in Hagen noch 450 Flüchtlinge zu erwarten. Aktuell seien 1287 Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen untergebracht, davon 863 in 216 Wohnungen und 424 in 5 Gemeinschaftsunterkünften.

Daneben würden noch weitere 1000 Flüchtlinge, die in Privatwohnungen lebten, durch den Sozialdienst betreut.



3. Bericht aus überregionalen Gremien

Frau Kaufmann informiert darüber, dass dieser Tagesordnungspunkt „Bericht aus überregionalen Gremien“ zukünftig immer auf der Tagesordnung stehen werde.

Sie zitiert dazu den Beschluss der Beteiligungskommission vom 12.09.2017. Daraufhin habe der Verwaltungsvorstand am 19.09.2017 beschlossen, dass die Fachausschüsse einen entsprechenden Standardtop einrichten sollten. Die Beigeordneten seien aufgefordert, bei dem TOP vorzutragen. Die Ausschussmitglieder seien herzlich aufgefordert, bei Bedarf etwas zur Kenntnis zu geben.

Sie könne darüber informieren, dass sie am morgigen Tag in Herne sein werde, um der Sitzung des Arbeitsausschusses der Sozialdezernentinnen und Sozialdezernenten Westfalen-Lippe beizuwohnen. Man berate u.a. über die Entwicklung des LWL-Sozialhaushaltes. Für spezifische Fragen oder Wünsche, etwas dort mithinzunehmen, stehe sie gern zur Verfügung.

4. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat.

Dieser habe nach der letzten Sitzung des Sozialausschusses nicht wieder getagt.

Am 4. Dezember werde eine Sondersitzung des Seniorenbeirates stattfinden. Man wolle sich dann mit der Wohnungsmarktstudie befassen.

5. Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen

Herr Wirth berichtet aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen.

Er regt an, die Standardtops „Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen“ und auch „Bericht aus dem Seniorenbeirat“ umzubenennen. Er halte das für viel zu kurz gegriffen. Der Bericht aus den Beiräten sei zwar ein Element des Berichtes, aber dieser beinhalte noch viel mehr Themen. Er schlage vor, eine allgemeinere Überschrift zu finden wie zum Beispiel „Bericht aus der Seniorenarbeit“ oder „Bericht aus der Behindertenarbeit“.



Er berichtet von dem Stammtisch, der am gestrigen Tag zum zweiten Mal stattgefunden habe, an dem Menschen mit Behinderungen, Kommunalpolitiker/innen und Vertreter der Stadt teilgenommen hätten. Gestern sei das Thema der ÖPNV gewesen.

49 Leute seien anwesend gewesen. Es habe sich gezeigt, dass es in Hagen das starke Interesse von Menschen mit Behinderungen gebe, am politischen Geschehen teilzunehmen. Wenn die Resonanz derartig groß bleibe, werde man nach einer geeigneten Struktur schauen müssen.

An der Fachhochschule Dortmund habe man mit einem neuen Projekt begonnen. Es trage den Titel „Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Wandel der Zeit“.

Kooperationspartner seien die FH Dortmund, der Caritasverband Hagen und die Stadt Hagen. Die Schirmherrschaft liege bei der neuen Beauftragten der nordrhein-westfälischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen sowie für Patientinnen und Patienten – Frau Claudia Middendorf. 20 Studenten wirkten aktiv an dem Projekt mit. Man werde dieses Projekt gern zu gegebener Zeit vorstellen. Der offizielle Startschuss erfolge am 5. Dezember.

Zum Thema Bushaltestellen könne er berichten, dass eine Mitarbeiterin der Stadt Hagen damit beschäftigt sei, sich diese anzuschauen und eine Prioritätenliste zu fertigen, was zu tun sei. Ziel sei dann, diese dann nach und nach abzuarbeiten.

Frau Timm-Bergs dankt Herrn Wirth und seinen Mitstreitern für ihr großes Engagement. Sie werde den Stammtisch zukünftig begleiten.

6. Bericht aus dem Integrationsrat

Herr Gül berichtet aus dem Integrationsrat.

Frau Timm-Bergs bittet darum, dass sie eine Einladung zum Neujahrsempfang des Integrationsrates erhalte, da sie gern daran teilnehmen würde.

Frau Kaufmann schließt sich der Bitte an.



**7. Sachstandsbericht zur Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes
Vorlage: 0967/2017**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaufmann berichtet, dass man in der Vorbesprechung zur Sitzung entschieden habe, diesen Tagesordnungspunkt noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen, um den Ausschuss umfassend über den Stand der Angelegenheit zu informieren.

Frau Küper nimmt Bezug auf die Vorlage. Dort sei noch von einer Fallmehrung von 80 % die Rede. Diese habe sich zwischenzeitlich auf 100 % erhöht. Derzeit seien 300 Fälle bewilligt.

Der Stadt werde eine externe Unternehmensberatung zur Seite gestellt, die in Bezug auf die Heranziehungsquote unterstütze. Diese habe am 26. Oktober 2017 ihre Arbeit aufgenommen. Ziel sei, die Arbeit zum 31. März 2018 erfolgreich zu beenden. Man verspreche sich davon eine Verbesserung der Situation.

Sie wolle noch abschließend darauf hinweisen, dass es eine Vereinbarung mit dem Jobcenter gebe, dass in den Fällen, in denen SGB II - Leistungen gezahlt würden, keine Anrechnungen erfolgten, bevor die Fälle abschließend bearbeitet worden seien.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

**8. Sozialraumanalyse des Stadtteils Altenhagen
Vorstellung durch Studierende der Fachhochschule Dortmund**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Timm-Bergs begrüßt zu dem Tagesordnungspunkt Herrn Prof. Dr. Boecker, Herrn Runde, Herrn Jung und Herrn Küster.

Herr Prof. Dr. Boecker stellt sich vor und sagt ein paar einleitende Worte zu dem Projekt „Sozialraumanalyse des Stadtteils Altenhagen“.



Herr Runde, Herr Jung und Herr Küster stellen das Projekt vor (**siehe Anlage 1 und 2 zu TOP 8**).

Frau Timm-Bergs dankt für den Vortrag.

Frau Kaufmann fragt, wie man die Probanden gefunden habe.

Herr Küster antwortet, dass man in den einzelnen Bezirken Einrichtungen aufgesucht habe. Das seien beispielsweise kirchliche Einrichtungen, Friseure, Kindergärten und ähnliche Einrichtungen gewesen. Dort habe man eine Vertrauensperson gebeten, die Fragebögen von Besuchern der Einrichtung ausfüllen zu lassen.

Frau Kaufmann möchte wissen, wie man auf die Einteilung der drei Bezirke gekommen sei. Es läge ja bereits eine Vielzahl von Geo- und sozialräumlichen Daten vor. Es wäre interessant, in einem weiteren Schritt solche Daten übereinander zu legen und im nächsten Jahr ggf. erneut zu erheben, um herauszufinden, ob sich etwas verändert habe. Welche Empfehlungen könnten daraus gegeben werden?

Herr Küster stellt fest, dass man keine Ratschläge geben könne. Das sei auch nicht Ziel des Projektes gewesen. Es sei darum gegangen, Daten zu erheben und diese vorzustellen. Die Schlussfolgerungen aus den Daten sollten dann von der Politik gezogen werden.

Die Einteilung der Bezirke habe es schon vorher gegeben. Die habe man so übernommen.

Herr Prof. Dr. Boecker ergänzt, dass es sinnvoll sei, die Einteilung der Quartiere so zu belassen und nach einer gewissen Zeit zu überprüfen, ob sich etwas verändert habe. Er weist darauf hin, dass das Quartiersbüro, das eine Zeit lang bestanden habe, als Anlaufstelle weitergeführt werden sollte.

Herr Meier merkt an, dass vieles von dem, was vorgetragen worden sei, im Grunde bekannt sei. Altenhagen sei ein Stadtteil, der seine Probleme habe. Man habe da mal ein soziales Stadtprojekt gehabt. Mit Auslaufen dieses Projektes sei es mit den positiven Entwicklungen bergab gegangen, weil keine Koordinierungsstellen mehr vorhanden gewesen seien. Die Chance, Kontinuität in diese positive Entwicklung hineinzubringen, sei verpasst worden.

Als SPD-Fraktion wolle man für die Zukunft anregen, ein neues soziales Stadtteilprojekt „Altenhagen 2.0“ aufzulegen, damit das viele Geld, das dort bereits ausgegeben worden sei, nicht ganz umsonst investiert worden sei. Man werde Anfang Dezember in eine Diskussion eintreten und die Stadt insgesamt im Hinblick darauf betrachten, wie Stadtentwicklung weitergehe. Auch in Bezug auf den Stadtteil Wehringhausen werde man sich die Frage stellen müssen, wie man dort im Anschluss an das Programm eine Kontinuität hinein bringe. Man sollte man aus den gemachten Erfahrungen in Wehringhausen lernen. Die SPD-Fraktion lade alle Fraktionen ein, Altenhagen stärker in den Fokus zu nehmen.



Eine bemerkenswerte Erkenntnis sei die, dass die deutsche Bevölkerung genauso unzufrieden sei wie die Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Frau Buchholz ist der Meinung, dass der Bezirk 2 nochmal geteilt werden müsste. Sie finde es interessant, dass die Empfindungen der Menschen keine Frage der ethnischen Zugehörigkeit sei. Bei Betrachtung der Bezirke sehe man, dass manche Bezirke reine Wohnbezirke seien. Bei anderen habe man auch eine soziale und eine ganz normale Infrastruktur. Da müsse man schauen, wo man sich als Politik einbringen könne. In dem Stadtteil stecke auch ganz viel Potenzial, was man auch weiter nutzen müsse.

Herr Quadt weist auf das Projekt „Unterflurmülleimer“ hin, das im Umweltausschuss vorgestellt worden sei. Er habe diese nur in der Innenstadt gesehen. Er sei der Meinung, dass man dieses Projekt fortsetzen solle, weil das Thema Sauberkeit in Altenhagen ein gravierendes Thema sei.

Frau Kaufmann nimmt die Anregung gerne mit. Es handele sich um ein Projekt, das ausgeweitet werden solle. Im Vordergrund habe immer die Stadtmitte gestanden. Man werde gerne nachfragen und die Antwort in der nächsten Sitzung vorstellen oder dem Protokoll beifügen.

Frau Sauerwein merkt an, dass man mehrfach darauf hingewiesen habe, dass etwaige Maßnahmen Geld kosten. Sie sei der Meinung, dass Nichtstun in diesem Stadtteil auch Geld koste. Die Probleme würden immer größer. Es gebe in Altenhagen das Altenhagener Forum. Man müsse herausfinden, inwieweit dort die Verknüpfung zu solchen Ergebnissen bestehe. Man müsse die Menschen zusammenbringen, vielleicht in Form eines kulturellen Festes oder gemeinsamer Reinigungsaktionen. Sie halte es für wichtig, dass Menschen vor Ort seien. In Wehringhausen sei eine richtige Beratungsinfrastruktur entstanden. Diese werde in Altenhagen genauso dringend benötigt.

Frau Engelhardt fragt, wie viele Fragebögen ausgegeben und wie viele davon zurückgegeben worden seien.

Herr Küster antwortet, dass von 180 Fragebögen 83 zurückgekommen seien.

Herr Meier nimmt Bezug auf den Wortbeitrag von Herrn Quadt in Bezug auf die Sauberkeit. Das sei in Altenhagen ja ein Hauptproblem. Den Vorschlag mit den Unterflurbehältern halte er für gut, da diese eine größere Menge an Müll sammeln könnten. Das Problem sei besonders aufgeschlagen, als Wehringhausen eine größere Reinemacheaktion gehabt habe und sich der Hagener Entsorgungsbetrieb komplett auf diesen Stadtteil konzentriert habe. Bürger aus Altenhagen hätten sich im Umweltausschuss darüber beschwert, dass nun dort gar nicht mehr gereinigt würde. Daraufhin sei von der HEB entgegnet worden, dass man nur eine bestimmte Anzahl von Leuten zur Verfügung stehen habe. Das sei die Kehrseite der Medaille, wenn man einen Stadtteil besonders intensiv betreue.



Frau Niemann fragt, ob man die 83 Fragebögen, die zurückgekommen seien, nach Abschnitten einteilen könne.

Herr Küster berichtet, dass die Zuordnung der Fragebögen so ausgeglichen gewesen sei, dass man sie habe verwerten können.

Frau Timm-Bergs bedankt sich noch einmal für die Präsentation.

9. **Rehabilitanden und Menschen mit Behinderung** **Bericht des Jobcenters Hagen**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Timm-Bergs begrüßt zu dem Tagesordnungspunkt die Geschäftsführerin des Jobcenters Frau Gebhardt.

Frau Gebhardt erinnert daran, dass sie in der letzten Sitzung zugesagt habe, einmal die Zahlen der Bedarfsgemeinschaften anderer Nationalitäten darzustellen. Sie habe die Übersicht mitgebracht und lasse sie als Anlage zum Protokoll anhängen (**siehe Anlage 2 zu TOP 9**).

Sie berichtet weiterhin über Rehabilitanden und Menschen mit Behinderung (**siehe Anlage zu TOP 9**).

Frau Fischbach bittet um die Definition des Begriffs „kleine Gruppe“.

Frau Gebhardt erläutert, dass es hier um den Bereich der Zielerreichung gehe. Da müsse man insgesamt 3700 Integrationen bringen. Bei den behinderten Menschen sei das nur eine kleine Gruppe von 72 Personen.

Herr Quadt bittet um Aufklärung darüber, wie viele der 42 Integrierten sozialversicherungspflichtig beschäftigt seien, wie viele sich in einem Praktikum befänden und wie viele 1-Euro-Jobber seien.

Frau Gebhardt antwortet, dass es sich bei den 42 um sozialversicherungspflichtig Beschäftigte handle. Menschen im Praktikum und 1 Euro-Jobber liefen über ein anderes Zielsystem. Sie könne die Zahlen gerne nachreichen.

Information des Jobcenters:

„zum jetzigen Stand (17.11.17):

*Praktika (bei uns in der Begrifflichkeit: MAG [Maßnahmen beim Arbeitgeber]): 13
1-Euro-Jobber (bei uns in der Begrifflichkeit: AGH [Arbeitsgelegenheit] und soziale Teilhabe): 32“*



Herr Quadt sieht das Instrument der Praktika kritisch. Die Menschen würden dort ausgenutzt. Außerdem ist er der Meinung, dass man im Zusammenhang mit 1-Euro-Jobs nicht von einer erfolgreichen Integration sprechen könne. Das könne man gerade in einer Zeit, in der Inklusion ein ganz wichtiges Thema sei, nicht als Erfolg verkaufen.

Frau Gebhardt weist nochmal darauf hin, dass es sich bei den 42 Integrationen nicht um die 1-Euro-Jobber handele.

Sie halte Praktika für wichtig, weil die Menschen sich gegenseitig austesten können. Sie könne den Einwand von Herrn Quadt nachvollziehen. Man achte aber darauf, dass ein Arbeitgeber Menschen nicht ausbeute. Ausschließen könne man es natürlich nicht. Sie bietet Herrn Quadt an, das Thema bilateral aufzugreifen und sich auszutauschen.

Herr Wirth berichtet, dass man in den Werkstätten, in denen er arbeite, 660 Menschen mit starken Beeinträchtigungen betreue. Man erlebe in Hagen bei den Unternehmern eine große Bereitschaft, Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen. Man begleite diese natürlich. Die Kunst liege darin, passgenaue Arbeitsplätze zu finden.

Frau Kaufmann berichtet, dass sie von einer großen Gruppe von Menschen besucht worden sei, die von Bethel betreut werden. 2 Personen aus der Gruppe hätten davon berichtet, dass sie als „nicht erwerbsfähig“ eingestuft worden seien und nicht mehr aus diesem Status herauskämen, obwohl sie sicher die Fähigkeit und auch die Bereitschaft hätten, berufstätig zu sein.

Herr Wirth weist darauf hin, dass er die Erfahrung gemacht habe, dass viele froh seien, diesen Status erst einmal zu haben. Sobald sie dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden, fielen natürlich Rechte und Möglichkeiten weg, die sie vorher gehabt hätten. Es gebe seines Erachtens keine Barriere, die verhindere, dass man aus dem Status heraus eine Ausbildung machen könne.

Frau Timm-Bergs bedankt sich bei Frau Gebhardt für den Vortrag.

10. Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Gleiß stellt die Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes vor (**siehe Anlage zu TOP 10**).



Herr Müller berichtet, dass er auf privater Ebene vom Bundesministerium für Gesundheit über diesen Themenkomplex eine Broschüre angefordert. Diese könne sehr hilfreich sein. Er plädiere dafür, einmal seitens der Stadt 100 Exemplare davon anzufordern.

Herr Goege stellt eine Frage zum neuen Begutachtungsverfahren.

Frau Keweloh erläutert das neue Verfahren. Der Pflegebedürftigkeitsbegriff sei grundsätzlich geändert worden. Hier stehe nicht mehr die Krankheit im Vordergrund sondern die verbleibenden Fähigkeiten des Patienten. Es sei ein Punktesystem hinterlegt, das ziemlich kompliziert sei. Aufgrund der Punktzahl werde der Pflegegrad festgestellt.

Herr Goege merkt an, dass er das Verfahren als wenig transparent einschätze.

Frau Sauerwein fragt, welche Schritte die Kommune nun in die Wege leiten müsse? Sie regt an, die Thematik noch einmal näher im Sozialausschuss zu beleuchten.

Frau Keweloh berichtet, dass die ambulanten Pflegedienste in Hagen sehr überfüllt seien. Das sei auch nicht nur in Hagen so, sondern auch in anderen Städten. Das große Problem liege in dem Pflegenotstand. Daneben seien die Bürokratie und die gesetzlichen Regelungen sehr engmaschig. Das führe zu großen Problemen. Aus dem Grund gebe es Wartelisten bei ambulanten Pflegediensten.

Herr Meier erklärt, einen ungewöhnlichen Antrag zur Geschäftsordnung stellen zu wollen. Er habe bei der Abstimmung der vorgezogenen TOPs 13 und 14 das Gefühl gehabt, dass Herr Quadt gegen sein Meinungsbild abgestimmt habe.

Herr Quadt erklärt, dass er aufgrund von Hörproblemen anders abgestimmt habe als gewollt.

Man einigt sich darauf, es bei dem Abstimmungsergebnis zu belassen.

Frau Timm-Bergs bedankt sich Frau Gleiß für den informativen Vortrag.

**11. Anfrage der Fraktionen von SPD und Die Linke
Richtlinie zur Heizkostenabrechnung
Vorlage: 0975/2017**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Engelhardt erklärt, dass man die ausgelegte Stellungnahme (**siehe Anlage zu TOP 11**) zu der Anfrage mitnehmen und in der Fraktion weiterberaten werde.



Frau Sauerwein zitiert aus der Stellungnahme, dass eine Anpassung der Richtlinie zur Heizkostenanpassung voraussichtlich im Laufe des nächsten Jahres erfolge. Werde der Sozialausschuss rechtzeitig darüber informiert?

Frau Küper sichert das zu.

**12. Anfrage der Fraktion BfH/ Piraten Hagen
Sperrungen in Haushalten
Vorlage: 0981/2017**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Timm-Bergs weist darauf hin, dass zu der Anfrage eine Tischvorlage ausgelegt worden sei (**siehe Anlage zu TOP 12**).

Herr Quadt erläutert die Anfrage seiner Fraktion.

Frau Sauerwein erinnert daran, dass man einmal im Sozialausschuss beschlossen habe, dass bei einer Androhung einer Stromsperre die Beratungsstelle der Caritas einspringe, um eine Abschaltung zu verhindern. Funktioniere das bei der Vielzahl von Stromanbietern?

Frau Küper weist darauf hin, dass jeder Stromanbieter ein anderes Verfahren habe. Aus dem Grund sei eine einheitliche Regelung schwer zu gestalten. Viele Betroffene würden sich in einem solchen Fall auch gar nicht an die Caritas wenden. Das Problem sei schwer in den Griff zu kriegen. Man könne versuchen, mit dem Hauptanbieter diesbezüglich Gespräche zu führen.

Frau Hogrebe teilt mit, dass sie die Anfrage auch an die Bundesnetzagentur weitergeleitet habe und noch keine Antwort erhalten habe.



13. **Bebauungsplan Nr. 8/14 (662) Erweiterung Fachklinik Deerth**
hier: a) **Beschluss zur Erweiterung des Plangebietes**
b) **Offenlegungsbeschluss**
Vorlage: 0694/2017

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Buchholz erklärt sich für befangen. Sie weist darauf hin, dass sie nicht stimmberechtigt sei.

Frau David regt an, die beiden Tagesordnungspunkte zusammen zu betrachten.

Sie erläutert, dass diese beiden Verfahren hinsichtlich des Planungsprozesses inhaltlich zusammen gehörten. Sie weist auf die ausgehängten Pläne hin und erläutert das Verfahren.

Frau Timm-Bergs ruft auch zusätzlich TOP 14 in diesem Zusammenhang auf und stellt fest, dass man die TOPS 13 und 14 gemeinsam beraten, aber getrennt darüber abstimmen werde.

Herr Meier merkt an, dass dieses Bauvorhaben die Gemüter in Hagen bewegt habe. Die SPD-Fraktion wolle sich mit diesem Thema noch einmal intensiv auseinandersetzen. Man könne aber hier im Sozialausschuss unterstreichen, dass dieses Projekt an sich für Hagen gewollt sei. Man habe ja hier im Sozialausschuss die Aufgabe, den sozialen Aspekt und die Bedeutung dieses Projektes herauszuarbeiten. Das könne man in der Diskussion von anderen Aspekten trennen. Die Ausschussmitglieder im Umweltausschuss und im Stadtentwicklungsausschuss würden das sicher aus einer ganz anderen Perspektive beleuchten. Der Rat der Stadt werde am Ende all diese Dinge zusammenfügen und dann seine abschließende Entscheidung treffen.

Er wolle die Haltung der SPD-Fraktion zu dem Projekt grundsätzlich deutlich machen. Da habe sich an der Haltung der SPD-Fraktion zu dem Projekt nichts verändert. Man stehe nach wie vor positiv zu einer Ersteinrichtung für den Standort in Hagen. So wie er die öffentliche Diskussion verfolgt habe, sei auch bei vielen anderen der Fraktionskollegen und den anderen Fraktionen im Rat der Stadt grundsätzlich keine Negativhaltung gegen eine Ersteinrichtung für den Standort in Hagen. Ob dieser dann letztendlich an der Stelle Am Deerth sei, müsse sicher noch einmal geprüft werden. Die Entscheidung, dass eine Ersteinrichtung für Hagen wünschenswert sei, sei seines Erachtens parteiübergreifend nicht negativ besetzt. Von daher würde man heute als SPD-Fraktion die Abstimmung zum Anlass nehmen, sich positiv zu der Ersteinrichtung zu äußern. Man wolle nicht den Standort präferieren, weil man das in der Fraktion noch einmal vertiefen müsse. Der Vorschlag an den Sozialausschuss sei der, heute nicht über den Standort abzustimmen, sondern das Projekt an sich zu bewerten.



Frau Cramer führt aus, dass die CDU-Fraktion die Bebauung des Plangebietes mehrheitlich ablehne. Gründe dafür seien das Naherholungsgebiet, touristische Weiterentwicklung und die Nähe des Waldkindergartens.

Frau Sauerwein macht deutlich, dass in ihrer Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Meinung zu dem Vorhaben gespalten sei. Das habe man des Öfteren zum Ausdruck gebracht. Betroffen seien zum einen die Umweltbelange. Die Sozial-AG habe sich dagegen nahezu einstimmig für dieses Projekt an diesem Ort ausgesprochen, weil man diesen Ort förderlich halte für die Gesundheit und die Betreuung von Menschen. Allerdings habe man sich in der Fraktion nicht auf einen einheitlichen Standpunkt einigen können.

Herr Quadt erklärt, dass seine Fraktion diesem Projekt grundsätzlich positiv gegenüber stehe. Es gebe allerdings Unklarheiten darüber, wie das Projekt zustande gekommen sei. Es gebe daher grundsätzlich noch Diskussionsbedarf. Er wolle daher der Offenlegung zustimmen wollen, aber nicht der Erweiterung.

Frau Fischbach erklärt, dass ihr der Vorschlag von Herrn Meier ein wenig merkwürdig vorkomme. Es lägen hier zwei Beschlussvorlagen vor, die man mit seinen Fraktionen geprüft habe und an die man sich jetzt auch gebunden fühle. Jetzt ohne eine schriftliche Beschlussvorlage darüber zu entscheiden, ob man jetzt für eine Ersteinrichtung sei, egal an welchem Ort, erscheine ihr ein wenig aus der Luft gegriffen und zu diesem Zeitpunkt auch nicht realisierbar. Sie würde sich gern an die Beschlussvorlagen halten, die ihr schriftlich vorlägen.

Herr Meier entgegnet, dass ihr das ja freigestellt sei. Man wolle keinen neuen Beschlussvorschlag erfinden. Ihm sei wichtig gewesen, herauszuarbeiten, dass man sich im Bereich des Sozialausschusses befinde und nicht im Rat. Im Sozialausschuss habe man in erster Linie die Punkte zu bewerten, die den sozialen Rahmen darstellten. Er habe sich die Freiheit genommen, für die SPD-Fraktion deutlich zu sagen, dass man für eine Ersteinrichtung sei. Er habe es so verstanden, dass zum Beispiel auch die CDU-Fraktion gar nicht gegen eine Ersteinrichtung sei. Das sei die Kernaussage gewesen. Auch die Fraktion der Grünen habe deutlich gesagt, dass man unter Sozialaspekten für die Vorlagen stimmen werde. Das werde die SPD-Fraktion auch tun. Auch der Standort sei nach ihrer Auffassung nicht verkehrt. Die AWO habe sehr gute Gründe angeführt, warum das Zusammenlegen dieser Erst- und Zweiteinrichtung für sie Sinn mache. Das könne die SPD-Fraktion so nachvollziehen. Die Standortfrage könne er heute nicht für die gesamte Fraktion beantworten.

Herr Vesper betont, dass er Herrn Meier aus sozialen Aspekten Recht geben müsse. Die FDP-Fraktion habe sich auch Gedanken darüber gemacht, was es für Alternativen gebe. Keiner wolle die Einrichtung in seiner unmittelbaren Nähe haben. Man müsse sich die Frage stellen, wie viele Vorfälle statistisch in der Umgebung von solchen Kliniken vorkämen. Der Oberbürgermeister habe statistische Daten für die Abstimmung im Rat zur Verfügung gestellt. Die FDP-Fraktion werde sich positiv entscheiden.



Frau David macht deutlich, dass es hier um eine Bebauungsplan- und eine Flächennutzungsplanänderung handele, die verortet sei und in einem Rechtsplan an der Wand hänge. Sie habe in ihrer Funktion als Erstellerin einer Satzung, die die Stadt beschließe, ihre Schwierigkeiten, das mit den Wortbeiträgen überein zu bringen. Die Diskussion gehe jetzt in die Richtung, dass man eigentlich doch zustimmen wolle, aber nicht an der Stelle. Es gehe jetzt um den vorliegenden Plan, dem entweder zugestimmt werde oder man müsse ihn ablehnen. Alle Untersuchungen für ein solches Vorhaben seien gemacht worden. Wenn gesagt würde, dass man das grundsätzlich unterstützen wolle, müsse man dem Bebauungsplan zustimmen. Ihrer Meinung nach gebe es aus stadtplanerischer Sicht beziehungsweise aus Sicht des Rechtsinstrumentes keine andere Möglichkeit. Darum wolle sie nochmal bitten.

Herr Meier stimmt zu, dass man heute über die Vorlagen abstimme. Es sei aber auch richtig, dass der Sozialausschuss von Natur aus andere Kriterien an ein solches Verfahren anlege als der Umweltausschuss und der Stadtentwicklungsausschuss.

Frau Timm-Bergs lässt nacheinander über die Beschlussvorschläge der Vorlagen abstimmen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, folgenden Beschluss zu fassen:

- a) Der Rat der Stadt Hagen beschließt die Erweiterung des Plangebietes.
- b) Der Rat der Stadt Hagen beschließt den im Sitzungssaal ausgehängten und zu diesem Beschluss gehörenden Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 8/14 (662) „Erweiterung Fachklinik Deerth“ und beauftragt die Verwaltung, diesen Entwurf mit der Begründung vom 29.08.2017 und dem Umweltbericht für die Dauer eines Monats nach § 3 Abs. 2 BauGB in der zurzeit gültigen Fassung öffentlich auszulegen. Die Begründung und der Umweltbericht sind Bestandteil des Beschlusses und als Anlage Gegenstand der Niederschrift.

Nächster Verfahrensschritt:

Nach der öffentlichen Auslegung kann voraussichtlich im 2. Quartal 2018 der Satzungsbeschluss gefasst werden.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	1	4	
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	1	1	
Hagen Aktiv		1	
FDP	1		
AfD		1	
Die Linke	-	-	
BfHo/Piraten Hagen		1	

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 7
Dagegen: 8
Enthaltungen: 0

Frau Buchholz hat sich gem. § 43 i.V.m. § 31 GO NW für befangen erklärt und nicht an der Beratung teilgenommen.

14. **Teiländerung Nr. 100 - Im Deerth - zum Flächennutzungsplan der Stadt Hagen hier: Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB (Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss)**
Vorlage: 0683/2017

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

siehe TOP 13

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Hagen beschließt den im Sitzungssaal ausgehängten und zu diesem Beschluss gehörenden Entwurf der Teiländerung Nr. 100 – Im Deerth - zum Flächennutzungsplan der Stadt Hagen sowie die dazugehörige Begründung vom 30.08.2017 und den Umweltbericht nach § 3 (2) BauGB in der zuletzt gültigen Fassung.



Die Verwaltung wird beauftragt, die Teiländerung Nr. 100 – Im Deerth - mit der Begründung und dem Umweltbericht öffentlich auszulegen.

Die Begründung vom 30.08.2017 wird Bestandteil des Beschlusses und ist als Anlage des Beschlusses Gegenstand der Niederschrift.

Geltungsbereich:

Das Plangebiet liegt im Stadtbezirk Hagen-Mitte im Bereich der Fachklinik „Im Deerth“ und wird im Westen, Norden und Osten durch den Elsa-Brandström-Weg und den gegenüberliegend verlaufenden Forstweg begrenzt. Die südliche Begrenzung bildet das Gelände der Fachklinik.

Nächster Verfahrensschritt:

Der Verfahrensabschluss wird für das 2. Quartal 2018 angestrebt. Danach wird der beschlossene Plan der Bezirksregierung zur Genehmigung vorgelegt. Die Bezirksregierung hat 3 Monate Zeit zur Prüfung. Mit der Bekanntmachung der Genehmigung wird die Teiländerung rechtswirksam.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	1	4	
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	1	1	
Hagen Aktiv		1	
FDP	1		
AfD		1	
Die Linke	-	-	
BfHo/Piraten Hagen		1	

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 7

Dagegen: 8

Enthaltungen: 0

Frau Buchholz hat sich gem. § 43 i.V.m. § 31 GO NW für befangen erklärt und nicht an der Beratung teilgenommen.



**15. Fortschreibung Integriertes Handlungskonzept als Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept (INSEK) 2017 für die "Soziale Stadt" Hagen- Wehringhausen
 Vorlage: 0932/2017**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Stahlhut erläutert die Vorlage.

Eine Diskussion findet nicht statt.

Frau Timm-Bergs lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Hagen beschließt die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) 2008 als Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept (INSEK) 2017 für die „Soziale Stadt“ Hagen – Wehringhausen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Förderantrag für 2018 mit dem im Handlungskonzept unter Punkt 3 aufgeführten Maßnahmen vorzubereiten, mit dem Ziel der Antragstellung Ende 2017.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
AfD	1		
Die Linke	-		
BfHo/Piraten Hagen	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 15
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0



16. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Herr Meier schildert die unhaltbaren Zustände in der Obdachlosenunterkunft im Frankenweg in Hohenlimburg. Die Häuser befänden sich im Eigentum der HGW. Die Stadt Hagen habe diese angemietet. In den letzten Wochen seien viele Beschwerden an ihn herangetragen worden. Dort sei eine Großfamilie untergekommen, deren Familienmitglieder sich störend verhielten. Es sei auch zu Übergriffen in Bezug auf das Pärchen gekommen, das dort untergekommen sei. Die dort wohnenden Menschen hätten Angst. Die Unterkunft gebe es bereits seit vielen Jahren und werde auch von den Anwohnern toleriert. Bisher habe es auch immer ein gutes Einvernehmen gegeben. In den letzten Wochen scheine die Situation aber zu eskalieren. Es habe dort auch mehrere Einsätze der Polizei gegeben. Er wüsste gern, ob diese Probleme bei der Stadt bekannt seien und was man dagegen unternehmen wolle. Gebe es eine zeitliche Perspektive?

Herr Gierke betont, dass das tatsächlich die letzte in Hagen verbliebene Notunterkunft sei. Diese habe eine Gesamtkapazität von maximal 60 Plätzen in den beiden Gebäuden. Es habe in den letzten Monaten einen eindeutigen Anstieg an Obdachlosen in Hagen gegeben. Man habe 177 Zugänge von Menschen gehabt, die ordnungsrechtlich hätten untergebracht werden müssen. Die Art der Unterbringung sei sehr unterschiedlich. Es gebe neben der Notunterkunft am Frankenweg das städtische Männerasyl in der Tuchmacherstraße und eine größere Anzahl an sogenannten Übergangswohnungen. In den Übergangswohnungen würden vornehmlich Familien oder Frauen mit Kindern untergebracht, die obdachlos geworden seien. Aktuell seien im Frankenweg 25 Personen untergebracht. Diese Zahl beinhalte die 11 Mitglieder der angesprochenen Großfamilie. Diese hätten im Rahmen einer Räumung eines Gebäudes auf der Grundlage des Wohnungsaufsichtsgesetzes dort untergebracht werden müssen. Daneben gebe es noch das angesprochene Pärchen. Bei den restlichen Personen handele es sich um Einzelpersonen. Viele dieser Personen hätten psychische Probleme. Ein größerer Teil stehe auch unter Betreuung. Man wisse, dass es für einzelne Personen besser wäre, wenn sie andere Hilfeangebote in Anspruch nehmen würden. Das setze aber voraus, dass die Betroffenen eine Krankheitseinsicht hätten und die Bereitschaft, sich auf diese viel besser qualifizierten Angebote einzulassen. Das passiere leider nicht. Es habe in der Vergangenheit schon Beschwerden gegeben. Es stehe dort ein Mitarbeiter als Ansprechpartner stundenweise zur Verfügung. Anliegen sei, die Menschen möglichst wieder in den normalen freien Wohnungsmarkt zu integrieren. Die sozialarbeiterische Begleitung greife nicht bei allen Personen. Aktuell gebe es in der Tat ein Problem mit diesem Pärchen, das dort ordnungsrechtlich untergebracht sei. Es sei auffällig auch gegenüber anderen Bewohnern und Mietern im Umfeld. Auch städtische Mitarbeiter seien verbal angegangen worden. Man habe dort rechtliche Schritte eingeleitet. Es habe auch ein Hausverbot an dieser Stelle gegeben. Selbst wenn jemand, der ordnungsrechtlich untergebracht sei, sich an keine Regeln halte, habe man in jedem Fall auch weiterhin die Verpflichtung, diesem Menschen ein Obdach anzubieten. Das sei ein großes Problem.



Nicht alle Lösungsansätze, die an ihn herangetreten würden, könnten umgesetzt werden. Man befinde sich in engem Dialog mit der Polizei und weiteren Betreuern. Man sehe den Betrieb dieser Einrichtung insgesamt unter diesen Umständen dauerhaft als nicht für gewährleistet. Man sehe sich gezwungen so zu reagieren, dass man eine alternative Unterkunft anbiete. Es sei schwierig, einen alternativen Standort zu finden. Derzeit gebe es Ideen einer alternativen Unterkunft. Auch dort werde es sicher im Umfeld zu erhöhten Belastungen kommen. Man gehe davon aus, dass diese Alternative eher sozialverträglich sei als an dem bestehenden Standort. Man sehe sich in der Verpflichtung zu handeln und beabsichtige, bis zum Ende des Jahres eine andere Lösung zu finden.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.30 Uhr

gez. Ramona Timm-Bergs
Vorsitzende

gez. Sabine Högge
Schriftführerin



Stadt Hagen – Sozialausschuss –

ANWESENHEITSLISTE

zur Sozialausschusssitzung am 08.11.2017
Rathaus an der Volme
Beginn: 16.00 Uhr Ende: 18.30 Uhr

1. Mitglieder des Sozialausschusses:

Marianne Cramer (CDU-Fraktion)
Hanne Fischbach (CDU-Fraktion) bis 17.55 Uhr
Corinna Niemann (CDU-Fraktion)
Tobias Fischer (CDU-Fraktion)
Nele Keweloh (CDU-Fraktion)
Anja Engelhardt (SPD-Fraktion)
Jörg Meier (SPD-Fraktion)
Ramona Timm-Bergs (SPD-Fraktion)
Rita Huvers (SPD-Fraktion)
Ruth Sauerwein (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
Klemens Müller (Fraktion Hagen Aktiv)
Jan Vesper (FDP-Fraktion)
Martin Goege (AfD-Fraktion)
Dennis Quadt (Ratsgruppe BfHo/Pir.)

2. Stellv. Mitglieder des Sozialausschusses:

Elke Freund (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

3. Sachkundige Einwohner/Beratende Mitglieder

Rüdiger Ludwig (AG Sozialhilfe)
Birgit Buchholz (AG Sozialhilfe)
Wolfgang Wegener (Seniorenbeirat)
Meinhard Wirth (Beirat für Menschen mit Behinderungen)
Aydogan Gül (Integrationsrat)

4. Stellvertretende beratende Mitglieder

keine



6. Gäste:

Frau Gebhardt Geschäftsführerin Jobcenter Hagen
Herr Prof. Dr. Boecker FH Dortmund
Herr Jung FH Dortmund
Herr Küster FH Dortmund
Herr Runde FH Dortmund

7. Von der Verwaltung:

VB 3 Frau Kaufmann

61 Frau David

61 Herr Stahlhut

Fachbereich Jugend & Soziales: Herr Goldbach 55 entschuldigt

Herr Groening 55/0
Frau Gleiß 55/0
Frau Korflür 55/2
Herr Gierke 55/5
Frau Küper 55/7

Schriftführerin: Frau Sabine Hogrebe